

DATEN & FAKTEN



VORSICHT FALLE!

Wer die falschen Steuern senkt,
gefährdet die soziale Sicherheit

Stand: Februar 2022

Wer Steuersenkungen fordert, bekommt natürlich Applaus. Doch Vorsicht. Gerade in der Politik ist die Frage immer: Wem nützt es und wem schadet es? Deshalb lohnt sich ein zweiter Blick auf das Thema.

Und da wird schnell klar: Erst mit unserem Steuergeld kann der Staat viele Leistungen finanzieren, die unser Leben sicher und lebenswerter machen. Schulen, Krankenhäuser, Pensionen, Pflege – um nur einige Beispiele zu nennen. Gibt es weniger Steuereinnahmen, werden Leistungen gekürzt. Hinter einem solchen Programm verbergen sich private Profitinteressen. Normalverdiener müssten dann zum Beispiel teure private Pensions- oder Unfallversicherungen bei Versicherungskonzernen abschließen.

STEUERN FINANZIEREN UNSERE SOZIALE SICHERHEIT

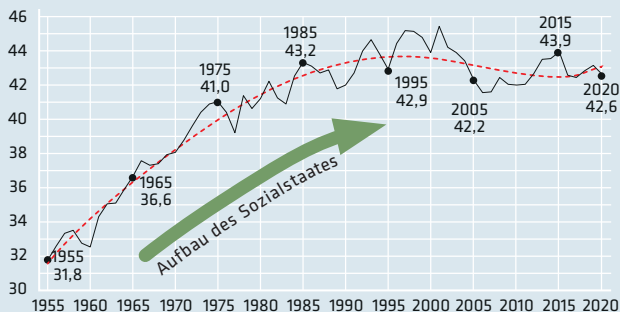
Die Abgabenquote sagt uns, wie hoch der Anteil von Steuern und Abgaben an der Wirtschaftsleistung eines Landes ist. Eine hohe Abgabenquote bedeutet einen starken Sozialstaat, eine niedrige Abgabenquote einen schwachen. Deshalb sieht die AK die Forderung nach einer generellen Senkung der Abgabenquote sehr kritisch. Wir sagen: Wenn Steuersenkung, dann bei den Steuern auf Arbeit. Und dafür im Gegenzug die Steuern auf Vermögen erhöhen. Das wäre im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Aufbau des
Sozialstaats ging
Hand in Hand mit
steigender
Abgabenquote.

Ein Blick in die Geschichte zeigt den engen Zusammenhang zwischen der Abgabenquote und der sozialstaatlichen Entwicklung. Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zum Ausbau des Sozialstaates in Verbindung mit einer steigenden Abgabenquote – am stärksten in den 1970er Jahren bis Mitte der 1980er Jahre. Zur Jahrtausendwende sank die Abgabenquote wegen der Kürzungspolitik der damaligen schwarz-blauen Bundesregierung.

ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN ABGABENQUOTE

Steuern und Abgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: Statistik Austria; die Zeitreihe beinhaltet statistische Brüche in den Jahren 1976 und 1995.

STEUERN SICHERN WOHLSTAND UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG

Der Sozialstaat ist auch ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg, denn dieser schafft kollektive Sicherheit, stabilisiert die Einkommen und garantiert damit eine gesamtwirtschaftlich gute Entwicklung.

In Österreich liegt die Abgabenquote aktuell (2020) bei 42,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) und ist damit im internationalen Vergleich tatsächlich hoch. Das liegt vor allem an der gut ausgebauten sozialen Sicherung in Österreich, die allen nützt. Damit sind wir in guter Gesellschaft mit Ländern wie Dänemark, Schweden oder den Niederlanden. Besonders niedrige Abgabenquoten haben Länder wie die Türkei oder Mexiko.

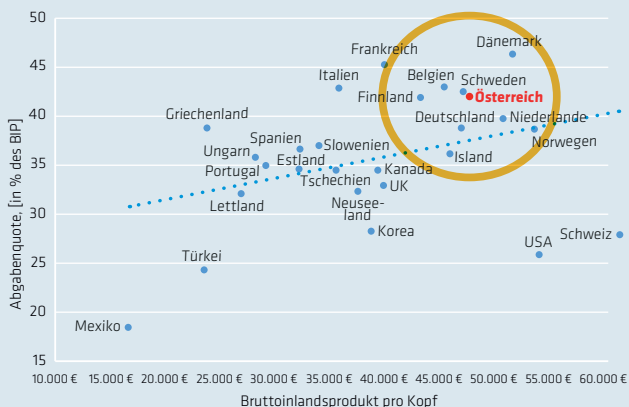
Wirtschaftlich erfolgreiche Länder haben gut ausgebauten Sozialstaat mit entsprechend hoher Abgabenquote.

Die folgende Grafik zeigt auf der waagrecht Skala das BIP: Befindet sich ein Land weiter rechts, dann ist das Wohlstandsniveau in diesem Land hoch. Wenn es senkrecht weiter oben liegt, dann ist auch die Abgabenquote hoch. Wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie etwa Dänemark, Schweden oder eben auch Österreich befinden sich in dieser Grafik

oben rechts, sie sind also erfolgreich und haben eine hohe Abgabenquote. Die ansteigende Gerade zeigt den prinzipiell positiven Zusammenhang zwischen der Abgabenquote und dem Wohlstandsniveau:

ZUSAMMENHANG ABGABENQUOTE UND WOHLSTAND

Ländervergleich 2020



Quelle: OECD. BIP kaufkraftbereinigt; blaue Regressionsgerade verdeutlicht den positiven Zusammenhang

ABGABENQUOTE SENKEN HEISST: DER DRUCK AUF DIE BÜRGER/-INNEN STEIGT

Niedrigere Abgabenquote nutzt nur privaten (Versicherungs-) Anbietern und führt zu schlechterer sozialer Absicherung.

Kürzt der Staat seine Leistungen und hebt dafür weniger Steuern und Abgaben ein, dann sinkt die Abgabenquote. Damit wird allerdings der Druck auf die Bürger/-innen größer, privat, also aus eigener Tasche, vorzusorgen. Wenn es etwa im öffentlichen Pensionssystem zu weiteren Einschnitten kommt, steigt die Notwendigkeit, sich selbst um eine private Altersvorsorge zu kümmern. Eine niedrigere Abgabenquote bedeutet also keineswegs eine geringere "Belastung", sondern lediglich eine Verlagerung der Finanzierung ins private Geldbörsel.

DER SOZIALSTAAT IST UNSER VERMÖGEN

Für Menschen, die über keine großen Einkommen oder Vermögen verfügen, würde das dramatische Konsequenzen haben. Jene, die von ihren privaten Vermögen leben können, müssen sich hingegen keine Gedanken über ihr finanzielles Auskommen im Alter oder ihre Gesundheitsversorgung machen. Ein Rückbau des Staates würde die Ungleichheit in unserer Gesellschaft massiv verschärfen – mit all den negativen Folgen. Deutlich wird das bei einem Blick nach Deutschland: Dort wurde das öffentliche Pensionssystem gekürzt, mit der Konsequenz, dass die Beschäftigten privat vorsorgen müssen, was sich viele nicht leisten können. Auch die aktuelle Gesundheitskrise macht deutlich, wie unersetzlich ein gut ausgebauter Sozialstaat ist. Eine pauschale Sparpolitik kann sich in Krisenzeiten dramatisch auf Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt auswirken. Ein starker Sozialstaat hingegen gibt Sicherheit und ermöglicht eine bessere Lebensqualität für uns alle.

Deutschland:
Private
Pensions-
vorsorge führt
zu niedrigeren
Pensionen und
Altersarmut.

ENTSCHEIDEND IST, WER WELCHE STEUERN ZAHLT

Längere Zeit behaupteten viele Wirtschaftswissenschaftler/-innen, eine hohe Abgabenquote wirke sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Neuere Arbeiten mit aktuelleren wissenschaftlichen Methoden zeigen hingegen, dass nicht die Höhe der Abgabenquote für den wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich ist, sondern die Zusammensetzung der Steuern:

Hohe Steuern auf Arbeit sind schlecht für das Wirtschaftswachstum, hohe Steuern auf Vermögen jedoch nicht. Daher sollte die Struktur des österreichischen Steuersystems verändert werden, denn auch hier sind die wissenschaftlichen Befunde eindeutig: Es braucht weniger Steuern auf Arbeit, dafür höhere auf Vermögen. Gerade in Österreich ist die steuerliche Schieflage besonders groß.

Wer Steuern und
Abgaben allgemein
senken will,
beabsichtigt in
Wirklichkeit einen
Abbau des Sozial-
staats. Das hilft nur
wenigen Reichen,
schadet aber der
Mehrheit.

STEUERN AUF ARBEIT SENKEN

Rund acht von zehn Steuereuros stammen in Österreich von Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen. Von Kapital hingegen kommt deutlich weniger als ein Fünftel der Steuern:

ZUSAMMENSETZUNG DES STEUERAUFKOMMENS LÄNDERVERGLEICH 2019

Malta	37,6	26,3	36,1
Zypern	39,3	24,0	36,7
Portugal	42,8	20,2	37,0
Irland	43,6	25,8	30,7
Frankreich	50,2	24,1	25,6
Italien	50,2	23,2	26,6
Estland	50,6	7,9	41,5
EU-27	51,7	20,5	27,8
Österreich	55,6	17,7	26,7
Deutschland	57,6	17,0	25,4
Schweden	58,1	13,8	28,1

Steuern von: ■ Arbeit ■ Kapital ■ Konsum

Quelle: EU Kommission 2019 „Taxation Trends in the EU“. Beiträge in Prozent des gesamten Steueraufkommens (Kapital beinhaltet vermögensbezogene Steuern).

Internationaler
Vergleich
verdeutlicht
Schieflage des
österreichischen
Steuersystems.

Die Abgaben auf Arbeit sind bei uns im internationalen Vergleich besonders hoch, bei Abgaben auf Kapital rangiert Österreich aber nur im unteren Mittelfeld. Das resultiert auch aus unserer internationalen Schlusslichtposition bei vermögensbezogenen Steuern.

Kein Wunder also, dass uns internationale Organisationen wie die OECD, der Internationale Währungsfonds oder die EU-Kommission seit Jahren eine Umschichtung im Steuersystem empfehlen – weg von den hohen Steuern auf Arbeit, hin zu Vermögen.

FÜR EINE SICHERE UND FAIRE FINANZIERUNG UNSERES SOZIALSTAATS

- ▶ Keine undifferenzierte, pauschale Senkung der Abgabenquote
- ▶ Schiefelage im Steuersystem reduzieren – jene, die zu wenig beitragen, sollen einen fairen Beitrag leisten und jene, die ohnehin den Großteil der Abgaben leisten, weiter entlastet werden:
 - Steuerbeiträge von Vermögen (durch Millionärssteuer sowie moderne Erbschafts- und Schenkungssteuer)
 - Unternehmen sollen einen fairen Beitrag zum Sozialstaat durch Wertschöpfungsabgabe leisten
 - Effektiver Kampf gegen internationale Steuervermeidung und -hinterziehung
 - Keine weiteren Steuergeschenke für Unternehmer und Vermögende auf Kosten der Allgemeinheit
 - Ein echter und nachhaltiger Ausgleich der kalten Progression für alle Arbeitnehmer/-innen
- ▶ Sozial ausgewogene Gegenfinanzierung jeder Steuerentlastung, um Einschnitte im Wohlfahrtsstaat im Gegenzug zu verhindern.
- ▶ Anerkennung, dass alle Arbeitnehmer/-innen Leistungsträger/-innen im Steuersystem sind. Auch wenn Arbeitnehmer/-innen keine Lohnsteuer zahlen, weil sie ein zu geringes Einkommen erzielen, leisten sie über Konsumsteuern und Sozialversicherungsbeiträge einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen.

Der Sozialstaat ist das Vermögen der
Arbeitnehmer. Seine angemessene
Finanzierung ist die Basis der sozialen
Sicherheit in einer solidarischen Gesellschaft.



Andreas Stangl
AK-PRÄSIDENT

„Konzerne und Reiche
tragen viel zu wenig zum
Steueraufkommen bei.
Die grundlose Senkung der
Gewinnsteuern durch die
Regierung geht daher in die
völlig falsche Richtung.“

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Hersteller: Druckerei Haider, Niederndorf 15, 4274 Schönau i.M.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.htm>

ooe.arbeiterkammer.at

Österreichische Post AG, MZ 02Z033937M,

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstr. 40, 4020 Linz,

Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte

für Oberösterreich, Nummer 11/2022 AK-DVR 0077747,

Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

Infos zur Broschüre unter: Telefon: +43 (0)50 6906-2413, E-Mail: wsg@akooe.at